

Ueber Beaurepaires weitere Enthüllungen liegt noch folgendes Telegramm vor:
Paris, 11. Januar. Das „Echo de Paris“ veröffentlicht einen zweiten Artikel Beaurepaires, in welchem er neue Thatsachen aufzählt, worauf der Cassationshof eine neue Enquete gründen könnte. Die öffentliche Meinung verlangt, man dürfe an einem Urtheil des Kriegsgerichts nicht rühren, bevor nicht die Unparteilichkeit der Richter festgestellt und ein gesicherter Verlauf garantiert sei. Die Anhänger Drenfus“ gestehen es selbst ein und verlangen einmündig Richter. Man müsse daher an Stelle der 15 Mitglieder der Criminalkammer die 45 Richter setzen, welche den gesammten Cassationshof bilden. Eine Weigerung der Anhänger Drenfus“ würde einem Eingeständnis der Schuld Drenfus“ gleichkommen. Beaurepaire verlangt vom Justizminister umfassende Unterstützung und eine anderweitige Direction des zuständigen Gerichtshofes.

Die Lage auf den Philippinen
wird immer kritischer; jedoch ist nach neueren Meldungen aus Manila die Möglichkeit einer friedlichen Lösung nicht ausgeschlossen. Die Behörden treffen indeß Vorkehrungen, die die Truppen stehen unter Waffen. Die Eingeborenen verlassen die Stadt. General Otis hat die Lage vollkommen in der Hand. In einer neuerlich erlassenen Proclamation droht Aguinaldo, er werde die Amerikaner von den Inseln vertreiben, und ruft Gott zum Zeugen an, daß, wenn Blut fließen sollte, die Amerikaner die Verantwortung tragen würden.

Deutsches Reich.
Berlin, 11. Jan. In der heutigen ersten Sitzung der Budgetcommission des Reichstages erklärte Staatssecretär v. Tirpitz ausdrücklich, daß es ihm an keiner Stelle die Absicht hervorgetreten, einen neuen Flottenplan vorzulegen, sondern im Gegentheil bestrebe bei allen in Betracht kommenden Stellen die Absicht, das Flottengesetz auszuführen.

* [Die Eröffnung des Landtags] wird am 16. Januar, 11 Uhr Vormittags, durch den Kaiser persönlich erfolgen.

* [Wegen Majestätsbeleidigung] und Beleidigung des Prinzen Eitel Fritz ist nach dem „Vorwärts“ in Magdeburg der Redacteur Müller von der socialdemokratischen „Volksstimme“ — unter Einrechnung einer früher schon gegen ihn verhängten Strafe von zehn Monaten — zu vier Jahren einem Monat Gefängnis verurtheilt worden. Die Anklage richtete sich gegen eine Erzählung, in der eine Unterhaltung eines Prinzen in Bagdad mit seinem Hofmeister und sodann mit dem Herrscher des Landes mitgeteilt wird. Das Gericht nahm an, daß die Erzählung deutsche Zustände behandle. Der Angeklagte führte mehrere Zeugen vor, die auslegten, daß er am Tage des Erscheinens der betreffenden Nummer des Blattes nicht in der Redaktion anwesend gewesen sei.

Frankreich.
Paris, 10. Jan. Heute früh traten 130 Weber der mechanischen Sammetweberei der Firma Mottau u. Leenderh in den Ausstand ein, da die 14tägige Ründigungsfrist abgelaufen ist. Auch die Weber anderer Fabriken werden voraussichtlich in den nächsten Tagen nach Ablauf ihrer Ründigungsfrist die Arbeit niederlegen.

Danziger Lokal-Zeitung.
Danzig, 11. Januar.
Wetterausblick für Donnerstag, 12. Januar, und zwar für das nordöstliche Deutschland:
Wenig veränderte Temperatur, wolig, theils heiter. Strichweise Niederschlag.

* [Stadtverordneten - Versammlung.] Die Stadtverordneten-Versammlung trat gestern Nachmittag zu ihrer ersten öffentlichen Sitzung im Jahre 1899 zusammen, welcher der Magistrat in corpore beimohte. Die Physiognomie der Versammlung ist zwar etwas, aber doch nur wenig verändert. Von denjenigen Stadtverordneten, welche der Versammlung bis zum Schlusse des abgelaufenen Jahres angehörten, sind nur 3 ausgeschieden, da sie auf eine Wiederwahl verzichtet hatten, die übrigen, deren Wahlperiode Ende 1898 abließ, sind sämtlich wiedergewählt und nur die Lücken, welche durch Todesfälle, Verzug und freiwilligen Rücktritt entstanden waren, sind durch Wahl von 10 neuen Stadtverordneten ausgefüllt. — Wie üblich begann die Sitzung mit dem Schlusswort des bisherigen Vorsitzenden, der sich der ihm nach der Städteordnung obliegenden Pflicht zur Erstattung eines Berichts über die Geschäfte der Versammlung im verfloßenen Jahre durch Vorlegung eines ausführlichen Druckberichts, aus dem wir bereits am Sonntag alle wesentlichen Angaben wiederergegeben haben, unterzog. Hr. Steffens dankt der Versammlung für das ihm bei seinem langjährigen Präsidium stets bewiesene freundliche Wohlwollen und die ihm insbesondere im letzten Jahre gewährte Rücksicht, seinen Stellvertreter für die stets bereitwillige Unterstützung und legt damit sein Amt als erster Vorsitzender definitiv nieder. Als ältestes Mitglied der Versammlung übernimmt Herr Dr. Pirkho den Vorsitz und statet in herzlichen Worten Herrn Steffens verbindlichen Dank ab für die lange und große Mühewaltung, welche er der Versammlung gewidmet, und seine freundwillige und stets unparteiische Geschäftsleitung. Er freue sich, daß Hr. Steffens sich zum Stadtverordneten habe wiedergewählt lassen, und wünsche, daß er noch recht lange sein reiches Wissen und seine Erfahrung dem Dienste der Stadt widmen könne. (Die Versammlung stimmt ihm durch Erheben von den Sitzen zu.)

Nach Erledigung eines Einmandes des Herrn Schmidt, welcher zunächst die Wahlprüfungen vorgenommen wünscht, vollzog nun Herr Oberbürgermeister Delbrück die Einführung und Verpflichtung der neu gewählten Stadtverordneten mit einer kurzen Ansprache, die ungefähr wie folgt lautete:

„Meine Herren! Ich habe nach der Städteordnung die Pflicht, Sie in Ihr neues Amt einzuführen und durch Handjährling an Eidesstatt zu verpflichten. Der Wortlaut des Eides, den unsere Väter uns einst hinterlassen haben, wird wohl jedem bekannt sein. Ueber dem Buchstaben steht

aber der Geist, aus dem das Gesetz entstanden ist. Ich muß man erfassen, wenn man der Form Leben geben will. Ich habe bei meiner Einführung daran erinnert, aus welchem Geiste einst unsere alte Städteordnung von 1808 in schwerer Zeit entstanden ist. Die Männer, welche sie schufen und nach ihr die communale Selbstverwaltung gestalteten, erachteten es als eine heilige Pflicht, ihr ganzes Können, ihre geistige und materielle Kräfte einzusetzen für das Vaterland, für das Wohl der Gesamtheit. Dieser Geist des Gemeinns muß auch in uns lebendig sein, wenn wir die großen und schwierigen Aufgaben der Gegenwart, der Umgestaltung so vieler Lebensverhältnisse unserer Stadt glücklich lösen sollen. Wir müssen die Kräfte zusammenfassen zu gemeinsamer Arbeit und müssen stets sorgsam erwägen, was erreichbar, was zunächst notwendig und was etwa nur wünschenswert ist. Ich führe Sie in Ihr neues Amt ein mit dem Wunsche, daß es Ihnen beschieden sei, in diesem Geiste des Gemeinns mit uns zusammen zu wirken zur Zufriedenheit der Mitbürger, zum Wohle unserer Stadt!“

Nachdem darauf die Verpflichtung durch Handjährling an Eidesstatt geschahen, schreitet die Versammlung zunächst zur Neuwahl ihres Gesamt-Vorstandes. Zum ersten Vorsitzenden wird unter Leitung des Alterspräsidenten Herr Berenz mit 52 von 59 abgegebenen Stimmen gewählt (5 Stimmen fielen auf Herrn Münsterberg und 2 Stimmzettel waren unbeschrieben). Herr Dr. Pirkho begrüßt den neuen Vorsitzenden, dem er als Zeichen seines Regimes den Hammer überreicht und ersucht Herrn B., unparteiisch und, wenn es sein muß, energisch seines Amtes zu walten. Herr Berenz dankt zunächst mit der üblichen Zustimmung der Versammlung dem Herrn Alterspräsidenten für seine Mühewaltung und der Versammlung für das ihm bewiesene Vertrauen, verspricht peinliche Unparteilichkeit und wünscht, daß im neuen Jahre der Frieden in die Versammlung einkehren möge, der im abgelaufenen wohl nicht immer geherrscht habe. Dann wird zum ersten Stellvertreter Herr Damme mit 54 von 59 abgegebenen Stimmen (3 unbeschriebene Zettel, 2 zerplüttete Stimmen) wiedergewählt, zum zweiten Stellvertreter Herr Steffens mit 51 von 59 abgegebenen Stimmen (4 waren auf Herrn Münsterberg, je 1 auf die Herren Keruth und Spring gefallen, 2 Zettel unbeschrieben) neugewählt. Zum Protokollführer wird Herr Secretär Marowski einstimmig, zum Schriftführer Herr Münsterberg mit 54 von 58, zum Ordner Herr Poll mit 49 von 58 Stimmen wiedergewählt. Der zulässige Acclamationswahl des Ordners widerstand Herr Dr. Lehmann, worauf von 58 abgegebenen Stimmzetteln 49 auf Herrn Poll, 3 auf Herrn Mig, 2 auf Herrn Schomberg, je 1 auf die Herren Dr. Lehmann und Schmidt lauteten und 2 unbeschrieben waren. Als Stellvertreter des Ordners wurde Herr Raabe per Acclamation wiedergewählt.

Die neue Stadtverordneten-Versammlung war nun konstituiert und in dieser Volltag Herr Oberbürgermeister Delbrück zunächst die Einführung des neuen beabsichtigten Stadtraths. Er wünscht, daß im neuen Jahre der Frieden in die Versammlung einkehren möge, der im abgelaufenen wohl nicht immer geherrscht habe. Dann wird zum ersten Stellvertreter Herr Damme mit 54 von 59 abgegebenen Stimmen (3 unbeschriebene Zettel, 2 zerplüttete Stimmen) wiedergewählt, zum zweiten Stellvertreter Herr Steffens mit 51 von 59 abgegebenen Stimmen (4 waren auf Herrn Münsterberg, je 1 auf die Herren Keruth und Spring gefallen, 2 Zettel unbeschrieben) neugewählt. Zum Protokollführer wird Herr Secretär Marowski einstimmig, zum Schriftführer Herr Münsterberg mit 54 von 58, zum Ordner Herr Poll mit 49 von 58 Stimmen wiedergewählt. Der zulässige Acclamationswahl des Ordners widerstand Herr Dr. Lehmann, worauf von 58 abgegebenen Stimmzetteln 49 auf Herrn Poll, 3 auf Herrn Mig, 2 auf Herrn Schomberg, je 1 auf die Herren Dr. Lehmann und Schmidt lauteten und 2 unbeschrieben waren. Als Stellvertreter des Ordners wurde Herr Raabe per Acclamation wiedergewählt.

Nächster Gegenstand ist nun die Beschlußfassung über die Gültigkeit der im November und Dezember 1898 hier vollzogenen Stadtverordneten-Wahlen, über welche nach § 10 des Städteordnungsgesetzes die Versammlung zu entscheiden hat. Ihre Entscheidung kann zwar durch Klage im Verwaltungsstreitverfahren angefochten werden, doch hat die Klage keinerlei aufschiebende Wirkung, d. h. es bleibt der bezügliche Beschluß der Stadtverordneten-Versammlung so lange in Kraft, bis er im Falle der Klage durch die maßgebende Verwaltungsinstanz, d. h. durch die Klage, aufgehoben wird. Gegen die Wahlen in der 2. und 1. Wählerabtheilung sind innerhalb der gesetzlichen 14tägigen Frist Einsprüche nicht erhoben worden, dagegen liegen zwei Einsprüche gegen Wahlen in der 3. Abtheilung vor. Zunächst ein solcher des Vorstandsmitgliedes des Danziger Bürger-Vereins Herrn Rolat, der sich auf die Wahl im ersten Bezirk der 3. Abtheilung bezieht, ohne die Wahl eines der dort gewählten drei Stadtverordneten formell anzufechten. Er beschwert sich nur darüber, daß in einem Wahllokal im Rathhause zwei Wähler, die sich auf den Namen des dritten Candidaten nicht gleich besinnen konnten, Zettel gezeigt worden seien, auf welchen die Candidaten genannt waren; in einem Falle soll dies am Wahllokal, im anderen Falle etwas entfernt vom Wahllokal durch einen neben Herrn Rolat sitzenden, gleich diesem dem Wahlvorstande nicht angehörenden Wähler, Herrn Dr. Richter, geschehen sei. Der Wähler, dessen Gedächtnis angeblich am Wahllokal Hilfe geleistet sein soll, ist darüber vom Magistrat vernommen worden und hat erklärt, daß er von vornherein beabsichtigt habe, die Herren Arug, Sander und Illmann zu wählen, daß ihm aber im Moment der Stimmabgabe der Name des Letzgenannten entfallen sei, wonach also durch die ihm gestattete Einsicht eines der Namen Illmann enthaltenden Zettels seine Wahl keineswegs beeinflusst ist. Hr. Rolat hat endlich noch bemängelt, daß der Stadtverordnete Alein, welcher bei der Wahl in der Rähmshule als Beisitzer fungierte, gedruckte (bei allen Wahlacten von den Parteien verwendete) Zettel, mit der Unterschrift „Das Comité, J. A. Alein“ versehen, an Wähler gelangt habe, in welchen die Wähler an die Ausübung ihres Wahlrechts erinnert und durch das Wahlcomité um Stimmabgabe für die betreffenden Candidaten ersucht wurden. Die bei dieser Wahl als Vorsitzende fungierenden beiden Stadträte haben auf Anfrage des Magistrats erklärt, daß sie nur bemerkt hätten, daß der Beisitzer Alein, ohne irgendwie seine Functionen als Beisitzer zu beeinträchtigen, in einer Privat-

liste Wählerangemerkte habe, welche bereits ihr Wahlrecht ausgeübt hätten, von weiterer Correspondenz hätten sie nichts wahrgenommen. — Der zweite Einspruch ist von vier Vorstandsmitgliedern des Bürger-Vereins zu Neufahrwasser erhoben; er richtet sich gegen die Gültigkeit der Wahl in 2. Bezirk der 3. Abtheilung mit der Behauptung, daß allein in Neufahrwasser ca. 30 Wähler nicht in den Wahllisten enthalten gewesen seien. Die Recherche des Magistrats über die namhaft gemachten Personen haben ergeben, daß 23 derselben wegen zu geringen Steuerjahres etc. überhaupt nicht wahlberechtigt, 3 in anderen Bezirken in den Wählerlisten verzeichnet, einer irrthümlich in der Wählerliste Lauer statt Sauer geschrieben und unter diesem Namen auch zur Wahl eingeladen sei und daß nur 2 der genannten Wähler verheerlich in den Listen nicht enthalten sind, wogegen aber innerhalb der gesetzlich vorgeschriebenen Frist nicht reclamirt worden ist. Eine Nachtragung für die engere Wahl, über deren Unterlassung sich der Protest beschwert, war gesetzlich nicht zulässig.

Über diese Angelegenheit entspinnt sich eine lange, sich mitunter persönlich zuspitzende Debatte, aus der wir die wesentlichsten Momente nachstehend kurz skizziren:

Stadtr. Spring, dem das Referat über die Sache übertragen war, recapitulirte zunächst den Inhalt der Proteste, theilte die Erklärungen der betreffenden Wahlvorsteher und die sonstigen Erhebungen des Magistrats mit und beleuchtete die Einwendungen vom rechtlichen Standpunkte unter Citirung der betreffenden Gesetzesbestimmungen und maßgebenden Entscheidungen. Nach der Städteordnung seien die Wahlen nur wegen „erheblicher Unregelmäßigkeiten“ zu beanstanden, ganz ohne Einfluß auf das Stimmresultat sei die Voreignung von Wahlzetteln bei zwei Wählern, welche einen ihrer Candidaten vergessen hatten, aber auch in dem Falle in der Rähmshule vermöge er eine „Unregelmäßigkeit“, geschweige denn eine erhebliche, ordnungswidrige, überhaupt nicht zu erblicken. Nichts von dem, was behauptet werde, habe der Stadtr. Alein in seiner Eigenschaft als Beisitzer gethan. Die behauptete Correspondenz habe er nicht als solcher, sondern als Privatmann geführt. Das hatte mit seiner Eigenschaft als Beisitzer garnichts zu thun, er habe die Wahlauforderungen auch nicht als Beisitzer, sondern als Privatmann unterzeichnet, sie ferner nicht im Wahl-Cohal, sondern außerhalb desselben verschickt. Eine Privatliste zu führen, habe Herr Alein freigestanden, so weit das nicht sein Amt als Beisitzer beeinträchtigt habe. Daß er diese Grenze respectirt habe, gehe aus den Erklärungen der beiden Vorsitzenden des Wahlvorstandes hervor. Er (Referent) könne also nur beantragen, den Einspruch des Herrn Rolat zurückzuweisen. Herr Arug habe 495, Herr Sander 435, Herr Illmann 495 Stimmen, die Candidaten der Gegenpartei Brandt aber nur 185, Marokhi 145, Lukowski 152 erhalten. Diese Wahlen seien also ohne weiteres für gültig zu erklären.

Herr Schmidt, der nun das Wort ergriff, kritisirte die neue Wahlordnung des Magistrats, die wenig dazu beigetragen habe, den bisherigen Uebelständen abzuwehren. Es sei daher dringend nöthig, daß die Neuordnung, bei der sich erhebliche Mängel herausgestellt hätten (Rufe: Zur Sache!), geändert werde. Der Redner fortsetzt die Wahlordnung zu besprechen und es taucht, daß den Wählern nach 6 Uhr im Wahllokal nicht mehr gestattet sei zu wählen, so ersucht der Vorsitzende Herrn Schmidt, bei der Tagesordnung zu bleiben. — Herr Schmidt glaubt sonst keine Gelegenheit zu finden, sich über dieses Thema zu äußern. In Folge dessen schlägt der Vorsitzende Herrn Schmidt vor, einen besonderen Antrag beim Magistrat einzubringen.

Diese Auseinandersetzung veranlaßte Herrn Oberbürgermeister Delbrück das Wort zu ergreifen. Herr Delbrück führte aus, daß bei der Einteilung der Wahlbezirke in der Neuordnung einzelne Unfälle passiert seien. Was den Punkt anbetreffe, daß den im Wahllokal befindlichen Wählern nach 6 Uhr nicht mehr gestattet worden sei, ihr Wahlrecht auszuüben, so könne er sich auf die Analogie der Wahlen zum Reichstage berufen, bei denen auch nach 6 Uhr keine Stimme mehr angenommen werden dürfe. Im übrigen werde es sich der Magistrat angelegen sein lassen, die bereits bei ihm aufgetretenen und die sonstigen Bedenken, die erhoben seien, durch eine Abänderung der Neuordnung möglichst zu beseitigen.

Stadtr. Schmidt (nun fortsetzend) wünschte, daß bei einer Aenderung auch der Stadtverordneten-Versammlung die Mitwirkung gestattet werde, bezw. daß die Neuordnung der Stadtverordneten-Versammlung vorgetragen werde. Redner beschuldigt dann im weiteren Verlaufe seiner Rede die freie Vereinigung von Gemeindevorständen der 3. Abtheilung, daß durch sie Unregelmäßigkeiten hervorgerufen seien. Es habe ein Wahlzettel dieser Vereinigung in einem Wahllokal auf dem Rathhause schon vor Beginn der Wahlhandlung auf dem Tische gelegen, besetzt durch einen Briefbeschwerer und in einer Lage, daß jeder an den Wahllokal tretende Wähler die Namen der Candidaten habe lesen können. Eine solche Sache sei wohl dazu geeignet, Protest zu erheben. Redner beipflichtet dann noch die Rolat'schen Behauptungen, was Herr Alein, sich habe zu schulden kommen lassen. So etwas müsse das Vertrauen in seine Unparteilichkeit erschüttern. Nicht eher werde Friede werden, als „bis die Herren, welche die Macht hätten, solche Eingriffe unterließen“. Manches sei schon anders geworden, seitdem er solche Sachen zur Sprache gebracht habe. (Zwischenrufe: So ist noch alles wie sonst!) Redner wirft dann Herrn Stadtrath Bischoff Wahlbeeinflussung vor, indem er behauptet, Herr Bischoff habe einzelnen Wählern, welche die Namen von Candidaten nicht richtig angaben oder verwechselt, gesagt, er glaube, die Namen der Candidaten lauteten: Arug, Sander, Illmann.

Stadtr. Alein: Es mißversteh mir, in meiner Angelegenheit hier das Wort zu ergreifen, wo ein Verfahren von mir, das ich allerdings nach wie vor für durchaus legal, loyal und auch harmlos halte, zum Gegenstande eines Einspruches gemacht ist. Ich hätte mich auch an der Discussion nicht betheiligt, wenn Herr Schmidt mich nicht dazu genöthigt hätte. Herr Schmidt scheint ganz zu vergessen, wo und in welcher Function er sich befindet. Herr Schmidt sitzt hier nicht als Richter, um Recht zu sprechen, um zu verurtheilen, er hat durchaus keine Berechtigung zu behaupten, ich hätte „mir etwas zu schulden kommen lassen“ und das „Vertrauen in meine Unparteilichkeit sei erschüttert“. Ich muß Herrn Schmidt jede Befugnis dazu absprechen, ich muß seine in dieser Beziehung gemachten Bemerkungen mit aller Entschiedenheit als persönlich und sachlich unberechtigt zurückweisen. Auf die Sache selbst muß ich nun schon deshalb eingehen, weil ja in den Kreisen, wo man sich die Freiheit der Discussion durch Gebote der objectiven Wahrheit, die Rücksicht auf Fact und gute parlamentarische Sitte nicht gerade merklich beschränken läßt, vielleicht noch manches über mein Verfahren erzählt werden wird, was der objectiven Wahrheit nicht entspricht, wie es ja wohl auch schon geschehen sein mag. Ich rufe den Herrn Collegen Richter, der gleich mir am Wahllokal als Beisitzer gesessen hat, zum Zeugnis auf, ob ich im Wahllokal irgend einen Wähler beeinflusst habe. Ich verlange den Beweis, daß durch meine Thätigkeit am Wahllokal auch nur ein Wähler veranlaßt worden ist, anders zu stimmen als er ohne mich gethan hätte. Ich kann in dieser Beziehung nur bezeugen, daß der Magistrat mir keine Gelegenheit gegeben hat, mich über den mein Verhalten betreffenden Punkt des Protestes zu äußern, noch lebhafter aber bezeugen ich, daß nicht Leute, die ich etwa beeinflusst haben sollte, als Zeugen vernommen sind. Bei dem

Wahlacte in der Rähmshule waren viele und oft große Pausen, sogar bis zu einer halben Stunde, wo kein Wähler erschienen und auch keiner im Wahllokal anwesend war. Während Herr Schmidt, der Nachmittags neben mir als Beisitzer fungirte, sich in die Sectüre großer Zeitungen vertiefte — welche sein Interesse so in Anspruch nahmen, weiß ich nicht — habe ich in einer handlichen Privatliste bei den Nummern von Wählern, die bereits gewählt hatten, kleine blaue Striche gemacht. Die ausgegebenen Wahlauforderungen waren in einem vom Wahllokal sehr entfernten Privatlokal (am Langenmarkt) von mir ausgefertigt und außerhalb des Wahllokals einem Boten zur Beförderung übergeben worden. Daß dies nicht nur zulässig, sondern völlig loyal ist, dafür kann ich mich auf einen kompetenteren Richter als Herrn Schmidt berufen. Ich empfehle lehrtehr das Studium der Acten des deutschen Reichstages, wo er aus dem Jahre 1878 einen Fall aus Danzig findet, wo der Wahlvorsteher aus der amtlichen Wahlliste sich Notizen gemacht und danach säumige Wähler hat erinnern lassen. Der Reichstag hat darin weder eine Wahlbeeinflussung noch sonst etwas Unzulässiges gefunden. Ich war Wähler der 3. Abtheilung und des betreffenden Bezirkes, daß die Herren Arug, Sander und Illmann meine Candidaten waren, weiß jeder, der Zeitungen und Wahlaufträge gelesen, ich habe es als meine Bürgerpflicht erachtet, als Wähler für diese Candidaten einzutreten und ihnen meine Stimme zu geben. Herr Schmidt war nicht in dieser Lage. Er war garnicht Wähler der 3. Abtheilung. Wenn er nun sagt, daß ihm diese oder jene meiner Handlungen nicht gefalle, so muß ich ihm sagen, daß mir an ihm auch etwas nicht gefallen hat, nämlich daß er zum Antritt seiner Function als Beisitzer Nachmittags mit dem unmittelbaren Besuche von fünf Parteigenossen in das Wahllokal kam, die sofort, als er sich an den Wahllokal gesetzt hatte, nacheinander dort erschienen und ihre Stimmen für die von Herrn Schmidt empfohlenen Candidaten abgaben. Die fünf Herren sind in der Abstimmungsliste unter Nr. 112—118 (Redner nennt auch die 5 Nummern der Wählerliste) verzeichnet. Ob Herr Schmidt sie beeinflusst hat, weiß ich nicht und will ich auch nicht behaupten. Schon war der Eindruck, den ich von diesem Besuche des unparteilichen Beisitzers Schmidt erhielt, aber auch nicht. Jedenfalls hatte ich das voraus, daß ich ein mir gesetzlich zustehendes Recht als Wähler in lokaler Weise ausübte. Dies Bürgerrecht lasse ich mir nicht verschränken, auch wenn mein Verfahren Herrn Schmidt nicht gefällt. Hält man das lehrtehr mit dem Beisitzeramt nicht harmonirend, so mag man mich nicht zum Beisitzer bestimmen; mein Bürgerrecht darf dadurch nicht verkrüppelt werden; das steht mir zu hoch, ich werde auch in Zukunft nicht darauf verzichten.

Stadtr. Damme protestirte gegen die Angriffe des Herrn Schmidt auf den abwesenden Stadtrath Bischoff und meinte, Herr Schmidt habe in der gesetzlichen Frist einen Einspruch gegen die Wahl der Herren Arug, Illmann und Sander vorbringen sollen, damit auch Herr Bischoff verantwortlich sich habe vor dem Magistrat äußern können. Die erst jetzt erfolgenden Angriffe halte er für unbillig.

Stadtr. Eng vertheidigte, er habe keinen solchen Wahlzettel, wie Herr Schmidt behauptet, auf dem Wahllokal liegen sehen und Oberbürgermeister Delbrück verlangt für den Fall, daß Herr Schmidt die Beamten des Magistrats beleidigen wolle, eine solche Einrichtung mit dem Wahlzettel getroffen zu haben, Beweis.

Stadtr. Brunzen gab zunächst seine Meinung dahin ab, er finde nichts darin, daß Stadtverordneter Alein im Wahllokal eine Privatliste geführt habe. Was aber auf Grund dieser Ciste weiter geschehen sei, nämlich die erstellte Aufzählung an Wähler, die nicht gewählt hatten, das müsse er verurtheilen. Im übrigen werde er für die Gültigkeit der Wahl stimmen, denn der Unterschied in den Stimmen sei zu groß.

Stadtr. Schmidt erklärte sodann, es habe ihm fern gelegen, die Magistratsbeamten zu verächtlichen und ermahnende eine Redensart, die er gehört, daß nämlich die Subalternbeamten die Neuordnung gemacht hätten und man sich deshalb nicht darüber aufzuregen brauche. — Es folgten dann noch kurze persönliche Bemerkungen der Stadtr. Damme, Dr. Lehmann, Alein und Brunzen.

Nach einem Schlusswort des Referenten wurde der Rolat'sche Einspruch einstimmig verworfen und die Wahl der Stadtr. Arug, Sander und Illmann gleichfalls einstimmig für gültig erklärt.

Eine ebenfalls ziemlich ausgebreitete Debatte entspann sich über den Protest der Vorstandsmitglieder des Neufahrwasser Bürgervereins. Der Referent Hr. Spring legte dar, daß der Protest als unbegründet zurückzuweisen sei. Denn es hätte sich herausgestellt, daß von den 30 Personen, die in der Wählerliste gefehlt haben sollten, 23 überhaupt nicht wahlberechtigt gewesen seien, nur bei 7 seien zwar Fehler vorgekommen, aber unabfindlich. Alle die Versehen beruhten auf der im Herbst aufgestellten Wählerliste, welche rechtshäftig und somit unanfechtbar geworden sei. Da ein Einspruch gegen die Ciste nicht erhoben sei, so habe niemand mehr das Recht, die Ciste nachträglich anzusehen.

Stadtr. Schmidt meinte, die Cisten hätten jeder Beschreibung gesperrt und deshalb liege ein Grund vor, ein Exemplar zu statuiren, zumal es sich bei der Wahl nur um eine Differenz von 4 Stimmen handle und falls die in Wegfall gekommenen Wähler zur Wahl gekommen wären, wenigstens zwischen Herrn Sander und seinem Gegner das Coos hätte entscheiden können. Oberbürgermeister Delbrück seht die enormen Schwierigkeiten auseinander, die der Magistrat bei Aufstellung der Cisten zu überwinden habe. Man habe schon die in der Städteordnung vorgesehene Frist zur Auslegung der Listen von Juni bis September ausgebeutet. In Danzig seien 16 000 Wähler; zu jeder Wahl würden die Cisten neu aufgestellt und zwar stelle man sie aus den Steuerlisten zusammen. Jeder Wähler werde auf einem besonderen Zettel ausgezogen. Die Herstellung der Cisten sei eine umfassende Arbeit, die eine Reihe von Arbeitern Monate lang beschäftige. Da die ständigen Beamten ihre Reforts zu erledigen hätten, so müsse man auch Hilfsarbeiter dabei verwenden und so sei es leicht möglich, daß Schreibfehler vorkämen, zumal die Stimmlisten nach den Personallisten aufgenommen würden. Da nun die Cisten im Oktober und April dazwischen fälle, so seien die Wohnungen nachher in der Wählerliste vielfach unrichtig, denn von 16 000 Wählern ändern in kurzer Zeit sehr viele die Wohnung. Ein eigenes Wahlbureau, das zwei Assistenten erfordere, würde vielleicht Ungenauigkeiten seltener machen, das würde aber wieder eine Mehrausgabe von 2500 bis 3000 Mk. bedingen und wäre auch noch ein zweifelhaftes Abhülsmittel, jedenfalls kein sicheres. Redner vertheidigte zum Schluss, daß einer der tüchtigsten und hervorragendsten Bureauvorsteher das Detail der Wählerlisten bearbeite. Wer aber einmal als Wahlcommissar fungirt habe, der wisse, daß nichts unter der Sonne so unvollkommen sei, als eine Wählerliste.

Stadtr. Keruth fragte an, ob das Stimmverhältniß, wie Herr Schmidt es angegeben, richtig sei und sprach sich für diesen Fall dahin aus, die Wahl zu hassen, weil immerhin einige Wähler in Folge der Cistenfehler, die er für durchaus natürlich und kaum vermeidlich halte, an der Ausübung des Wahlrechts verhindert waren.

Stadtr. Dr. Lehmann gab der Ansicht Ausdruck, man solle die Wahl für gültig erklären, da ja eine Bevorzugung irgend einer Partei nicht vorliege.

Nachdem Stadtr. Spring zugeben, daß Herr Sander 599, Herr Rose 594 Stimmen erhalten habe, im übrigen sich aber dahin ausgesprochen, daß nach dem von ihm vorgetragenen Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichts eine Wahl auf Grund von Fehlern in den deshalb nicht rechtzeitig angeforderten

Wählerlisten nicht beanstandet werden können, schloffen die Stadt. Poll und Davidsohn sich dem Antrage des Referenten an, während die Stadtverordneten Reruth und Herr Schmidt noch einmal den entgegengesetzten Standpunkt vertraten. Herr Poll bemerkte, daß nicht nur in Neufahrwasser, sondern noch in Langfuhr Wähler in der Liste gefehlt hätten, also auf diese Art Herrn Sch. Stimmen entgangen seien.

Nach einem Schlusswort des Referenten erklärte Stadtverordneter Dr. Lehmann, daß er seine Ansicht inwiefern geändert habe und jetzt gegen die Billigkeitserklärung sei.

Die Abstimmung ergab, daß der Vorschlag des Referenten, den Neufahrwasserer Protest zurückzuziehen und die sämtlichen anderen Wahlen, auch die des Herrn Sch., für gültig zu erklären, mit 46 Stimmen gegen 9 Stimmen angenommen wurde.

Nach Erledigung der großen Debatte über die kleinen Wahlproteste hatte die Versammlung noch 22 Vorlagen auf der Tagesordnung. Da aber schon die achte Abend- und die vierte Verhandlungsstunde herangerückt war, kam man über den Beginn der Beratung zweier größerer und die Erledigung einiger kleinerer Vorlagen nicht mehr hinaus. Begonnen wurde die Beratung über den durch eine ausführliche Vorlage motivierten Antrag des Magistrats, die Stadtverordneten-Versammlung wolle sich damit einverstanden erklären, daß die in dem Beschlusse vom 15. November 1897 vorgesehene Reform des Real-Gymnasiums zu St. Johann und des einen Coetus des städtischen Gymnasiums (Einführung des sog. Reform-Schulunterrichts) von Ostern 1899 an ausgeführt werde. Herr Oberbürgermeister Delbrück wies in Beantwortung einiger informatorischer Fragen darauf hin, daß im Princip über diese Sache eigentlich schon entschieden sei durch den Beschluß vom 15. November 1897, durch welchen die Versammlung den Magistrat ermächtigte, in Folge des bei der Verlegung der Jenkauer Anstalt in Danzig vom Ministerium gestellten Verlangens die Einführung des Reformunterrichts bei den beiden Anstalten in Aussicht zu stellen. Die heutige Vorlage sei gemacht worden, nachdem die Directoren der beiden Anstalten auf Grund einer von ihnen im Auftrage des Magistrats gemachten Informationsreise ihre Gutachten erstattet und ihre Vorschläge dem Magistrat unterbreitet hätten. Herr Stadtverordneter Dr. Siefe bemerkte, daß er der Sache sehr skeptisch gegenüberstehe; namentlich halte er es für sehr bedenklich, in einer Geschäftsstadt den englischen Sprachunterricht so flüchtig zu behandeln. Die Naturbeschreibung und Englisch würden viel zu kurz kommen. Redner hat auch sonstige Bedenken, insbesondere angeführt der Danziger Verhältnisse und schlägt deshalb vor, die Sache verfahrensweise nur bei einer Anstalt zu beginnen, und zwar dem Gymnasium, da diese Anstalt zwei Coetus habe. — Da hiernach eine eingehendere Beratung wünschenswerth erschien, wurde mit 22 gegen 22 Stimmen, wobei der Vorsitzende enthielt, die Verlegung der Sache zur nächsten Sitzung beschlossen. Gleichfalls verlag wurde nach einleitendem Vortrage des Herrn Stadtrath Dr. Achermann die Weiterberatung der neuen Steuerordnung, welche die Erhebung des in der Stadt auf Wohnverhältnisse beruhenden Rauffschosses in den bis vor zwei Jahren davon freien Vorstädten definitiv ordnen soll, nachdem die im vorigen Jahre erlassene Ordnung vom Ministerium vorläufig nur auf ein Jahr bestätigt worden ist. Die Versammlung beschloß sich für diesmal darauf, aus ihrer Mitte zum Vertreter Danzigs beim preussischen Stadte, der bekanntlich auf den 23. und 24. Januar nach Berlin berufen ist, Herrn Rechtsanwalt Reruth zu wählen (den zweiten Vertreter deputirt der Magistrat) und in den Wahlkreis der Versammlung für das Jahr 1899 die drei Vorherrscher und die Stadt. Davidsohn, Gibbons, Hybboneth, Karow, Reruth, Münsterberg und Dr. Pimio zu wählen.

Sechs hiesige Zahnärzte theilten der Versammlung Abschrift eines an den Herrn Oberbürgermeister gerichteten Schreibens mit, in welchem sie sich gegen einige angebliche Äußerungen des letzteren in der Sitzung vom 20. Dezember, in denen sie den Vorwurf des Konkurrenzneides zeigten, sowie gegen die Gleichstellung der deutschen Zahnärzte mit den in Amerika geprüften Dentisten verwahrten. Hiervon sowie von der Einladung zur Subscription auf das Lebenswerk „Der Stadtverordnete“ und von dem Bericht über die Revision des städtischen Rathamts am 18. Dezember nahm die Versammlung Kenntniz.

Nach der Sitzung vereinigte sich — wie bei Gelegenheit der ersten Jahresitzung üblich — die Mitglieder beider städtischen Körperschaften zu einem mehrstündigen geselligen Beisammensein im Rathsausschloß, bei welchem es an An- und Trinkprüchen ersten und launigen Inhalts nicht fehlte.

[Stadtrath v. Rojnski.] Unsere Stadt hat heute wieder den Verlust eines um ihr bürgerliches Gemeinwesen hochverdienten Mannes zu beklagen, dessen Hinscheiden namentlich unser Magistrats-Collegium und die so reich aufblühende Vorstadt Langfuhr als einen wirklichen schweren Verlust empfinden werden. Nach kurzem Krankentage starb gestern Abend an einer acuten Blinddarman- und Bauchfellentzündung ein unbedeutender Magistratsmitglied Herr Major a. D. Otto v. Rojnski in Langfuhr, kaum 59 Jahre alt und bis vor wenigen Tagen noch körperlich rüstig und mit voller Hingabe seiner Zeit, seiner Kräfte und seiner reichen Erfahrungen unausgesetzt thätig im Dienste unserer Stadt und ihrer Humanitätsbestrebungen wie zur Hebung und Verschönerung seines speziellen Wohnortes Langfuhr, welcher Herrn v. Rojnski die Mitbegründung und Leitung einer ganzen Reihe von Institutionen und Einrichtungen verdankt, so des dortigen Armenunterstützungsvereins, der Kleinkinder-Bewahranstalt, des Verschönerungs-Vereins etc.

Hans Otto August v. Rojnski war als Sohn des Majors v. R. am 22. August 1840 in Tilsit geboren und hatte das Gymnasium in Königsberg besucht, wo er am 15. September 1858 das Abiturienten-Examen bestand. Gleich der militärischen Carrière widmend, trat er am 20. Septbr. 1858 in das Grenadier-Regt. Nr. 1 als Avantagier ein, wurde am 3. März 1860 Secondleutnant und am 12. Septbr. 1870 Hauptmann und Compagnieführer; als solcher machte er im Kriege von 1866 die Schlachten von Trautenau und Königgrätz und als Führer einer combinirten Landwehr-Compagnie den Krieg von 1870/71 mit, in dem er sich das eiserne Kreuz erwarb. Als Sanitätsarzt wurde ihm durch Cabinetsordre vom 15. Mai 1875 der nach-

geachtete Abschied mit Aussicht auf Anstellung im Civildienst bewilligt und durch Cabinetsordre vom 6. Januar 1883 der Charakter als Major verliehen. Ende des Jahres 1884 wurde Herr v. Rojnski zum Stadtverordneten gewählt und am 6. Januar 1885 in diese Stellung eingeführt. Das große Interesse, welches er schon in dieser Stellung verschiedenen Verwaltungs-Angelegenheiten der Stadt und die Hingabe an Zeit und Wirkungs-freudigkeit, welche er der Mitarbeit dabei widmete, lenkten wiederholt bei Vacanzen im Magistrats-Collegium die Aufmerksamkeit auf ihn. Am 4. Oktober 1892 erfolgte dann auch seine Wahl zum unbesoldeten Stadtrath und am 15. November wurde er in das Magistrats-Collegium eingeführt. Willig übernahm er hier neben anderen Dileggenheiten das verhältnismäßig große Decernat für sämtliche städtischen Kranken-Anstalten, was er bis zu seiner tödlichen Erkrankung mit unermüdlichem Fleiß und tiefem Eindringen in alle Details dieses wichtigen Verwaltungszweiges wie in seine hygienischen und sonstigen wissenschaftlichen Beziehungen gerecht, unbefangenen, in schlichter Menschenfreundlichkeit, in stets ungetrübter Objectivität und mit der seinem Denken und Wesen eigenen Gründlichkeit geführt hat.

Das Andenken dieses wahrhaft edelmännischen und dabei so schlicht bürgerlich gesinnten, stets von den reinsten Absichten befehlten, seiner Heimatstadt in aufopferungsvoller Liebe ergebenden Mannes wird in der städtischen Verwaltung, wie bei allen Mitbürgern, welche ein solches Maß von Gemeinnut zu schätzen wissen, wach und wirksam bleiben in Ehren, welche es so reich verdient hat.

[Festungs-Inspection.] Der Generalinspector der Festungen, Herr General Sthr. v. d. Goltz, ist gestern hier eingetroffen und hat im Hotel „Danziger Hof“ Wohnung genommen. Nachdem der Herr General gestern an der Bereisung der Weichsel bis in das Mühlungsgebiet bei Schiemenhorst Theil genommen, besichtigte er heute in Begleitung mehrerer höherer Artillerieoffiziere die hiesigen Festungswerke.

[Konferenz.] Im rothen Saale des Rathhauses fand heute Vormittag eine vertrauliche Besprechung von Interessenten über die Art der Einführung von Kleinbahnen in die Stadt Danzig statt, der als Vertreter des Magistrats die Herren Stadtrath Ehlens und Dr. Achermann beizwohnten. Zu definitiven Beschlüssen führte, wie wir vernahmen, die Besprechung noch nicht.

[Wrack.] Laut Anfrage aus Schweden an das hiesige schwedische und norwegische Consulat scheint das von Herrn Corvetten-Capitän Damer mit dem Werdampfer „Notus“ eingebrachte Wrack der schwedischen Schooner „Hanna“ aus Dornst, Capitän Schoog, zu sein. (Der Schooner „Hanna“ wird, wie wir bereits meldeten, seit längerer Zeit vermisst.)

[Versammlung der Danziger Gewerksvereine.] Einen recht zeitgemäßen Vortrag hielt gestern Abend im Saale des Bildungsvereins Herr Klein aus Berlin über „Die Bedeutung der Coalitionsfreiheit“. Eigentlich hatte Herr Goldschmidt-Berlin, der Vorsitzende des Verbandes der hiesigen hundertjährigen Gewerksvereine, dieses Thema hier behandeln wollen, in Folge plötzlicher Erkrankung des Herrn Goldschmidt war aber der Verbandskassirer Herr Klein für den Herrn Vorsitzenden in die Bresche getreten. Die Versammlung, an der sich mehr als 200 Personen theilnahmen, wurde von Herrn Albrecht, dem Vorsitzenden des hiesigen Verbandes, eröffnet. Sofort beantragte namens der Socialdemokraten Herr Janzen Redefreiheit, welchem Wunsch von Seiten des Bureaus entsprochen wurde. Herr Albrecht bemerkte aber von vornherein den Socialdemokraten, die in einer Kopfsache von mehr als 50 Personen vertreten waren, sie möchten sich ruhig verhalten und keinen Mißbrauch von der gewährten Redefreiheit machen. Daß eine derartige Bemerkung nicht unangebracht war, sollte sich im späteren Verlaufe der Versammlung bald herausstellen. Herr Verbandskassirer Klein sprach dann in etwas drastischer Weise über das „schöne Kind des Liberalismus“, die Coalitionsfreiheit, und ihre ansehnliche düstere Zukunft. Die Ansichten des Redners lassen sich kurz in folgende Sätze zusammenfassen: Die Coalitionsfreiheit ist das werthvollste Recht der Arbeiter. In unseren Tagen gehe man nun von reactionärer und großkapitalistischer Seite darauf aus, die Coalitionsfreiheit zu beseitigen, welche Bestrebungen leider von der Regierung mehr als nötig unterstützt würden. Man wolle den Arbeiter dem Großkapitalist und Unternehmertum gegenüber wehrlos machen. Solche Bestrebungen seien nicht neu. Als ihren Vorläufer könne man den Gesetzwurf aus den 1870er Jahren bezeichnen, welcher die Befreiung des Contractbruchs betraf. Glücklichweise sei dieser Gesetzwurf f. St. abgelehnt worden und damit in der Versenkung verschwunden. Allein kurze Zeit darauf sei eine neue Bedrohung der Freiheit der Arbeiter aufgetaucht. Es hätten nämlich Arbeiterbündel nach Art der Gewerksvereine für die Arbeiter eingeführt werden sollen. Dank der Petition der Gewerksvereine sei auch dieser schöne Plan gescheitert, der gewissermaßen eine Beseitigung der Coalitionsfreiheit dargelegt habe. Redner berührte dann das Socialistengesetz und äußerte sich dahin, daß dieses Gesetz der Arbeiterbündel schweren Schaden zugefügt habe. Die Berufsvereinschaften und namentlich die Gewerksvereine seien mit Hilfe dieses Gesetzes zunichte worden, während die Partei, welcher hauptsächlich der Schlag gelten sollte, an Stärke und Kraft gewonnen habe. Unter dem Socialistengesetz sei natürlich die Coalitionsfreiheit ein Phantom gewesen. Später habe der Handelsminister v. Berlepsch ein neues Ankehlengesetz entworfen, das nur in Folge der heftigen Gegenbewegung der Gewerksvereine zu Fall gekommen sei. Heute mache sich wiederum das Bestreben bemerkbar, die Coalitionsfreiheit zu beseitigen, stumm und Genossen unterstützen aus allen Kräfte derartige Versuche, weil sie daran ein lebhaftes Interesse hätten, daß die Löhne der industriellen Arbeiter niedrig sind. Niedrige Löhne würden nämlich die unmittelbare Folge einer Beseitigung der Coalitionsfreiheit sein. Die Pflicht der Selbsthaltung verlange es gegenüber all diesen Bestrebungen, daß die Arbeiter sich zusammen-schließen, um einem Zwangsgeetze vorzubeugen. Ueberall, in allen Ständen hätten sich Verbände gebildet, die gemeinsamen Interessen zu wahren und zu vertreten. Der Einzelne vermöge ja bekanntlich nichts, in Gemeinschaft dagegen lasse sich auch von den Arbeitern Vieles erreichen. Leider sei noch nicht allen Arbeitern diese Einsicht klar geworden, unfähig verharren sie gegenüber den Unterdrückungsversuchen und nur ein Bruchtheil der arbeitenden Massen sei in Organisationen zusammengetreten. Wäre die Gesamtheit der Arbeiter organisiert, so wäre schon sicherlich viel mehr zu Gunsten der Arbeiterwelt zu thun, das nothwendig ein Zusammengehen der Arbeiter sei, das müsse einem jeden einleuchten, wenn er sich gegenwärtig, was längst zu Dehnen aus höchstem Munde angeklungen ist. A die Adresse der Großindustrie seien dort die Torte gerichtet worden: „Ich will die nationale Arbeit schützen gegen schwere Stunden.“ Der deutsche Arbeiter habe von der Wiege bis zur Bahre schwere Stunden zu erdulden, Frauen und Kinder müßten ja um häßlichen

Unterhaltes willen schwerer Arbeit unterliegen, ver-bieten sei von Jung an die Lösung und um das Bischof tägliche Brod tobe ein harter Kampf. Der Arbeiter könne dieses Verhältniß nicht als höchste Vollkommenheit ansehen und greife am Ende zu gewaltigen Mitteln, um seine Lage zu verbessern, zum Streik, der meistens für ihn ungünstig ausfalle. Der Arbeiter sei im allgemeinen aber bisher viel zu stolz und zu nobel gewesen, Liebesgaben zu nehmen und trotz alledem zu lamentieren und zu jähren über ihre Nothlage. Welch unerhörte Agitation und un-motivirte Opposition sei schon von gewissen Parteien in Scene gesetzt worden! Gern duldeten jene Besten des Volkes es, wenn ihnen zu Liebe die Grenzen gelöst und den darben Arbeitern die wichtigsten Lebens-mittel wie Brod und Fleisch vertheuert wurden. Aus solchem Verhalten könnten die Arbeiter eine gute Lehre für sich ziehen. Sie sollten es ebenso machen und ihre gewichtige Stimme erschallen lassen, wenn es ihnen an Hals und Krage gehe. Die heutige Geseßgebung reiche vollkommen aus, wenn der Arbeiter über die zum Streik auf, so könne er schon jetzt unter Umständen mit Zuthaus bestraft werden. Ein Arbeitgeber aber, welcher den Arbeiter so drang-salt, daß er nicht einmal seine Familie redlich ernähren könne, werde nicht bestraft. Das sei doch eine Ungleichheit vor dem Gesetz, obgleich nach der Ver-fassung hoch und niedrig vor dem Gesetz gleich sein sollten. Die schwarzen Listen der Arbeitgeber, die den Arbeiter, der einmal gestreikt, in den Gefahr des Hungertodes stürzen, seien ruhig gestattet. Dem großen Schachmacher Stumm sei der jetzige Zustand aber noch nicht genug. Er behaupte immer noch, die Arbeiter erfreuten sich zu vieler Freiheit. Wie der „König von Saabien“ sich die Freiheit denke, die er den Arbeitern gönne, davon könne man einen Begriff erhalten, wenn man bei den ihm unterstellten Arbeitern Erkundigungen einziehe. So dürften die Stumm'schen Arbeiter nicht heirathen ohne Consens des gnädigsten Herrn, sogar die Zeitungen würden seinen Arbeitern vorgeschrieben, die sie halten dürften, und die Wirthschaften würden bezeugen, in denen ihnen der Aufenthalt gestattet sei. Das sei die Freiheit des Herrn v. Stumm in ihrer ganzen Nacktheit. Auf dem Arbeiterlande beruhe jedoch die Zukunft Deutschlands. Wenn man diesen Stand in solcher Weise knebeln wolle, so müsse er traurig verkümmern. Daß die bisherige Geseßgebung ausreiche, dafür lieferte der § 152 der Gewerbeordnung und schlußendlich falls der ominöse Unfalls-Paragra-ph den besten Beweis. Das neue in Aussicht stehende Zuthausgesetz wolle den Arbeiter, der sich die Ver-besserung seiner wirthschaftlichen Lage zu er-kämpfen trachte, dem gemeinen Verbrecher gleich-stellen, indem man ihn ins Zuthaus stecke, wenn er dasselbe verführe, was alle anderen Verbände ungenirt unternehmen dürften. Augenblicklich zähle man in Deutschland bereits 400 000 Gefängnisinsassen, w-ann es jedoch dahin komme, daß die Bestrebungen der Arbeiter, ihre Lage zu erleichtern, so bestraft würden, wie man jetzt im Schilde führe, so könne man in Zukunft nichts Schleunigeres thun, als Gefängnisse und Zuthäuser erbauen. Warum wolle man den Arbeiter nicht auch als Menschen ansehen und ihn menschenwürdig behandeln? Ohne den Arbeiter müsse der Großkapitalist ebenso gut verhungern wie jener ohne diesen. Redner erörterte fobann die For-derungen der Gewerksvereine, welche darauf hinaus-lauten: 1) den § 152, 2) der Gewerbeordnung weiter ausdehnen, 3) den § 153 der Gewerbeordnung zu streichen bezw. auch Strafbestimmungen gegen die Arbeitgeber zu erlassen, die ihre Ar-beiter zur Niederlegung der Arbeit zwingen, 4) den Verbindungsrecht zu gewähren, 5) den Arbeiterberufsvereinen Rechtsfähigkeit zu verleihen. Besonders eingehend besprach Redner die Forderung nach Anerkennung der Rechtsfähigkeit der Gewerks-vereine. Ein derartiges Zugeständniß werde nur gegen-sätzlich wirken. All den Excessen, die heute vielfach bei Streiks sich ereigneten, würde dadurch vorgebeugt werden. Die Gewerksvereine wollten vorläufig weiter nichts, als daß die bisherigen Geseßbestimmungen be-stehen bleiben, gewahrt und beachtet werden sollten, wenn auch eine Verbesserung dieser Vorurtheile im Interesse der Arbeiterschaft dringend nöthig sei. Die Beseitigung der Coalitionsfreiheit bedeute eine Verminderung des Einkommens der arbeitenden Massen, mit welcher der locale und physische Ruin der Nachkommenschaft Hand in Hand gehen werde. Wohin das in den deutschen Vater-lande führen werde, sei gar nicht auszubedenken. — Der Schluß des Vortrages, der mit lebhaftem Beifall auf-genommen wurde, gipfelte in dem Wunsche, daß es den Bemühungen der Arbeiter gelingen möchte, die Coalitionsfreiheit zu schützen, und in der Aufforderung zur Sammlung aller indifferenten Elemente der Arbeiter-schaft, damit eine wirklich imposante Menge den For-derungen, die seitens der Gewerksvereine erhoben würden, Nachdruck verleihen.

Nach diesem Vortrage wurde die Discussion eröffnet. Als erster Redner kam der jetzige Führer der hiesigen Socialdemokraten, Herr Barthel, zu Wort, der mit bedeutendem Aftauswand der Stimme eine stark bombastische Rede in den Saal schmetterte. Im allgemeinen stimmte Herr Barthel dem Vortrage zu, er sollte dem Redner sogar die Anerkennung, besser als Herr Klein für den Gehalt der Coalitionsfreiheit hätte ein Socialdemokrat auch nicht sprechen können, dann aber kritisirte Redner den Beschluß des Bureaus, das ihm nur 10 Minuten Redefreiheit gewährt, und griff die Gewerksvereine an, weil sie nicht dafür sorgten, daß den Socialdemokraten ein Saal hier in Danzig zur Verfügung stehe. Er wüßte nur, daß die Gewerks-vereine von jeht ab ihr Thun auf den Ton stümmten, der in der Rede des Herrn Klein geherrscht habe. Der hiesige Ortsverband habe eine andere Stellung einge-nommen. Redner verlor sich dann in die bekannten Phrasen, welche feststellen sollen, daß nur die social-demokratische Partei die Rechte der Arbeiter vertrete; dabei nannte er die Haltung der Gewerksvereine eine Zweiteilung, die nicht zu der Hoffnung berechtige, daß etwas erreicht werden würde. In dieser Tonart würde er jedenfalls noch Stunden lang fortzureden sein, wenn nicht die Redefrist, welche man Herrn Barthel gegenüber liberalerweise auf eine Viertelstunde ausgedehnt hatte, verfloßen gewesen wäre. Herr Klein-Berlin vertheidigte die Gewerksvereine gegen die herab-sehung durch Herrn Barthel, dem er erfolgreich ent-gegentrat. Nachdem dann Herr Albrecht die Be-schränkung der Redefreiheit mit der mißbräuchlichen Ausbeutung durch frühere Redner und Führer der hiesigen Socialdemokraten begründet hatte, wurde Herrn Barthel zum zweiten Male das Wort erteilt, der seine Polemik im alten Stile so lange fortsetzte, bis ihm das Wort entzogen wurde. — Dem Bureau aus wurde dann folgende Resolution vorgelegt:

„Die heutige im Bildungsvereinssaale abgehaltene öffentliche Gewerksvereins-Versammlung erkennt in den Ausführungen des Referenten, daß in dem ge-planten Gesetzwurfe das Coalitionsrecht der deutschen Arbeiter stark gefährdet sei und giebt der Hoffnung Ausdruck, daß der Gesetzwurf vom Reichstage ab-gelehnt, eventuell die deutschen Arbeiter ganz ent-schieden dagegen Front machen müßten.“

Aus der weiteren Discussion, die sich an diese Resolution knüpfte, wollen wir noch erwähnen, daß Herr Hammer die Abneigung der Arbeiter, sich einer Organisation anzuschließen, und das Ansehen beleuchtete und eine Organisation der gesamten Arbeiterschaft befürwortete, deren Nutzen sich bei dem letzten Maschinenbauersstreik gezeigt habe. Herr Lung-siel-Danzig betonte die Nothwendigkeit einer Stellung-nahme gegen die Bedrohung der Coalitionsfreiheit, verwarf aber alle die leichtfertigen Streiks, die ledig-lich politische Kraftproben seien, wodurch die Arbeiter in wirthschaftliche Noth geriethen. Herr Hammer meinte, man könne noch nicht von einer Zuthaus-vorlage reden, so lange man den Entwurf nicht näher

kenne. Redner schlug vor, die Resolution anzunehmen. — Nach einigen weiteren Ausführungen trat Herr Barthel, der zum dritten Male das Wort ergriff, diesem Vorschlage bei und drückte den „frommen Wunsch“ aus, die Gewerks-vereine möchten in das socialdemokratische Lager über-gehen. Darauf verlas Herr Janche (ein sehr junger Socialdemokrat, dessen Redefluß noch sehr stochend lief) allerhand Urtheile aus einem socialdemokratischen Agitationsbüchlein und endlich erhielt der Referent das Schlusswort. Als dieser die Herren Socialdemo-kraten recht gründlich mit ihrem Vorschlage, die Gewerksvereine möchten in das socialdemokratische Lager übergehen, abwies, sprang Herr Barthel plötzlich von seinem Sitze auf und rief: „Ich fordere jeden Socialdemokraten auf, das Sozial zu verlassen!“ Der Rückzug der Genossen des Herrn Barthel erfolgte dann unter Tumult und Gesang, worauf die vom Bureau der Versammlung vorgelegene Resolution einstimmig angenommen wurde.

[Gedächtnistages Gethübium.] Am Sonnabend, den 14. d. Mts., feiert das Kulomski'sche Ehepaar in Ddra (Neue Welt Nr. 282) das seltene Fest der Diamantenhochzeit. Das Jubelpaar befindet sich in hohem Alter und sehr bedürftiger Lage. Hoffentlich erhellt man etwas seinen trüben letzten Lebensabend.

[Ballfestschick.] Am 20. d. Mts. giebt der Hr. Divisions-Commandeur, Generalleutnant v. Pjuhl-stein im „Danziger Hof“ eine Ballfestschick, zu der ca. 400 Einladungen ergangen sind.

[Tischler-Innung.] In der Generalversammlung der hiesigen Tischler-Innung von Montag wurde der Möbelschneider Paul Grund nach stattgehabter Prüfung vom Meister gesprochen. Herr Paul Grund ist Mit-arbeiter der Firma R. Grund. Dieses Geschäft ist nach dem Tode des Tischlermeisters Rudolf Grund (Vater des Herrn Paul Grund) auf dessen Witwe über-gegangen.

[Schußverletzung.] Der 14jährige Sohn Franz des Hofbesizers Pauls aus Altenbors war mit seinem älteren Bruder zusammen zur Jagd gegangen. Als nun der ältere Bruder über einen Graben sprang, entlud sich plötzlich das Gewehr und es ging der Schuß dem jüngeren Bruder, der bereits vorher über den Graben gesprungen war, in den Unterarm. Die Verletzung nahm einen so schlimmen Verlauf, daß schon am nächsten Tage die Ueberführung des Pauls nach dem hiesigen chirurgischen Stadtlazareth ärztlicherseits angeordnet und ausgeführt werden mußte.

[Unfall.] Der Arbeiter Johann Prantowski aus St. Albrecht stürzte gestern von einer Fuhre Dung und wurde vom Wagen überfahren. Etwa um 11 Uhr des Nachts fand man denselben in Ddra auf der Straße liegend. Er wurde mittels Fuhrwerke nach dem Stadtlazareth in der Sandgrube gebracht.

[Fahrraddiebstahl.] Ein Fahrraddiebstahl, der hier im Hotel Marienburg ausgeführt wurde, kam gestern vor der Strafhammer zur Verhandlung. Angeklagt war der frühere Hausdiener Martin Gränke und dessen Bruder, der Arbeiter Johann Gränke aus Caspe. Der erstere wird beschuldigt, ein im Hotel Marienburg zur Aufbewahrung eingeliefertes Fahrrad, dem Oberprimar Werner gehörig, bei seinem Ab-gange aus dem Hotel, wo er ca. 2½ Monate Haus-diener war, mitgenommen zu haben. Sein Bruder Johann wurde beschuldigt, sich der Fehlschrei und Beihilfe zum Diebstahl schuldig gemacht zu haben. Der Gerichtshof konnte sich nur von der Schuld des Martin Gränke überzeugen und verurtheilte ihn zu zwei Monat Gefängnis. Der zweite Angeklagte wurde freigesprochen.

[Polizeibericht für den 11. Januar.] Verhaftet: 11 Personen, darunter 1 Person wegen Körperver-letzung, 1 Person wegen Widerstandes, 2 Personen wegen Diebstahls, 1 Person wegen Unfalls, 1 Bettler, 1 Corrigende, 3 Obdachlose. — Gefunden: 1 graue Mütze, 1 Ainderbummisch, abgehoben aus dem Polizei-Revierbureau zu Langfuhr, 1 Pelzhandschuh, abgehoben vom Schuttmann Herrn Sommer, Hake-werk Nr. 2, 2 Treppen. — Verloren: 1 goldenes Armband (Reiß mit Aleeblatt und Stein), 1 goldenes Armband (runder Reiß mit Steinen), abgehoben im Fundbureau der königlichen Polizei-Direction.

Aus den Provinzen.

Elbing, 10. Jan. Unter dem Verdacht des Mordes, begangen an seinem neugeborenen Kinde, war vor längerer Zeit der Schuhmacher Bader aus dem Kreise Rosenberg in das hiesige Landgerichtsfängnis ein-geliefert und in Untersuchungshaft genommen worden. Vor kurzem nahm man Spuren von Geisteskrankheit an ihm wahr, weshalb B. aus der Untersuchungshaft entlassen und dem hiesigen Anstaltsarzt überwiesen werden mußte.

P. C. Bromberg, 9. Jan. Wegen Schwurgericht der Arbeiter und Schuhmacher Eduard Krause aus Langenau zum Tode verurtheilt worden. Die Revision Krauses gegen dies Urtheil wurde vom Reichsgericht verworfen.

Memel, 10. Januar. Der Memeler Dampfer „Agathe“, mit Salz von England nach Memel bestimmt, ist bei Nimmersatt in starkem Nebel gestrandet. Die Lage des Schiffes ist gefährlich; die Mannschaft verließ das Schiff.

Bermischtes.

Aiel, 11. Januar. Ein Hofbesitzer in Strübbel unweit der Ebermündung wurde gestern in seiner Wohnung ermordet. Unmittelbar danach erhängte sich dessen Schwager, ein Landmann.

Ruhrort, 10. Jan. Auf einem im Hafen liegen-den holländischen Getreideschiffe wurden am Sonnabend bei einer weiblichen Person die schwarzen Pocken festgestellt; das Schiff wurde sofort vom Hafen in die Ruhrmündung geschleppt und unter Quarantäne gestellt.

London, 11. Jan. Der Amerikadampfer „St. Paul“, welcher am 1. Januar Southampton passirte, ist bisher nicht in New York eingetroffen, so daß große Beforgnisse über sein Schicksal be- stehen. Die Passagiere sind meistens Amerikaner, doch finden sich auch in der Liste der Fahrgäste europäische bzw. einige deutsche Namen.

Danziger Börse vom 11. Januar.

Weizen in flauer Tendenz und Preise 1 M niedriger. Bezahlt wurde für inländischen bunt bejogen 766 Gr. 150 M., rothbunt 759 Gr. 161 M., hellbunt 777 Gr. 163 M., hochbunt 766 Gr. 162 M., 772 Gr. 164 M., 772 Gr. 165 M., fein weiß 777 Gr. 166 M., 783 Gr. 167 M., roth 750 Gr. 158 M., 756 und 758 Gr. 159 M., 772 Gr. 161 M. per Tonne.

Roggen gleichfalls flau und bis 1 M niedriger. Bezahlt ist inländ. 691, 702 und 708 Gr. 139 M., 714 Gr. 139½ M., Alles per 714 Gr. per Tonne. — Gerste ist gehandelt inländ. große 689 Gr. 138 M., 680 und 692 Gr. 139 per Tonne. — Hafer inländischer 125, 125½ M., weiß 126½, 127 M., gestern mit Gerst 121 M., weiß 121½ M. per Tonne bez. — Osebo-bohnen inländische 128 M. per Tonne gehandelt. — Rieseaften roth 34, 35 M. per 50 Kilogr. bezahlt. — Weizenkleie grobe 4, 12½ M., feine 3, 8½ M., 402½ M. per 50 Kilogr. geh. — Roggenkleie 4, 07½ M. per 50 Kilogr. bez.

Spiritus unverändert. Contingentirter loco 58,50 M. Br., nicht contingentirter loco 58,50 M. Br., Januar-Mai 39,25 M. Br., 38,75 M. Gd.

Verantwortlicher Redacteur A. Klein in Danzig. Druck und Verlag von S. S. Alexander in Danzig.

